2. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO
(Zuständigkeit Stadtrat)

1. Stadtkämmerei

	HHSt.	verf. ber. Amt	Bezeichnung	Plan bisher	Veränd. durch über-/außer- planm. Mittelber.	Plan neu
				in EUR	in EUR	in EUR
VWH Mehrausgabe:	90100.81000	20	Gewerbsteuerumlage	7.431.218	1.100.000	8.531.218
Summe Mehrausgaben					1.100.000	
Deckung durch:						
VWH Mehreinnahmen:	90000.00300	20	Gewerbsteuer	92.500.000	1.100.000	93.600.000
Summe Deckung:					1.100.000	

Begründung:

Für die Gewerbesteuerumlage wurden bereits rd. 3,7 Mio. EUR für das 1. und 2. Quartal 2021 sowie 657,1 TEUR aus der Abrechnung für 2020 an den Freistaat Thüringen gezahlt. Auf Grund des hohen Ist-Aufkommens bei der Gewerbesteuer von 79,3 Mio. EUR zum Stichtag 30.09.2021 erhöhen sich die Abschlagszahlungen für die GewSt-Umlage für das 3. und analog auch für das 4. Quartal auf 2.076,5 TEUR pro Abschlagszahlung. Insgesamt werden damit im laufenden Jahr rd. 8,5 Mio. EUR Gewerbesteuerumlage fällig. Es ergeben sich somit rd. 1,1 Mio. EUR Mehrausgaben ggü. dem Planansatz. Eine entsprechende überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Sicherung der Zahlung der GewSt-Umlage ist daher notwendig.

Die Deckung wird über die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer abgesichert.

2. Stadtkämmerei

		HHSt.	verf. ber. Amt	Bezeichnung	Plan bisher in EUR	Veränd. durch über-/außer- planm. Mittelber. in EUR	Plan neu in EUR
VMH	Mehrausgabe:	61540.92500	20	Gewährung innerer Darlehen	0	3.900.000	3.900.000
VWH	Mehrausgabe:	91000.86000	20	an Beteiligung Zuführung an den VMH	19.466.613	3.900.000	23.366.613
VMH Summe Mehrausgaben						3.900.000	
VWH Summe Mehrausgaben						3.900.000	
<u>Deckung durch:</u>							
VWH	Mehreinnahme	90000.01000	20	Gemeindeanteil Einkommenssteuer	72.923.004	2.100.000	75.023.004
VWH	Minderausgaben	00000.41000	11	SN 1 Personalkosten (DZ)	193.132.372	-1.800.000	191.332.372
VMH	Mehreinnahme	90000.30000	20	Zuführung vom VWH	19.466.613	3.900.000	23.366.613
VWH Summe Deckung:						3.900.000	
VMH Summe Deckung:						3.900.000	

Begründung:

Durch die Patronatserklärung vom 22.06.2017 (StR-Beschluss vom 15.12.2016; Genehmigung ThürLVwA vom 27.03.2018) ist die Stadt Erfurt verpflichtet, die BUGA gGmbH finanziell so auszustatten, dass sie allen Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für das Darlehen fristgemäß nachkommen kann.

Mit Schreiben per 04.11.2021 zeigte die BUGA gGmbH an, dass ihre finanziellen Mittel nicht ausreichen werden, um die Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreditinstitut aus dem Darlehensvertrag bei Fälligkeit am 30.12.2021 zu erfüllen.

Der Finanzierungsbedarf von 3,9 Mio. EUR wird durch ein nachrangiges Gesellschafterdarlehen der Stadt an die BUGA gGmbH gedeckt. Der im Entwurf vorliegende Darlehensvertrag sieht eine Auszahlung der Stadt Erfurt an die BUGA gGmbH bis zum 30.12.2021 in Höhe von 3,9 Mio. EUR vor, welcher einen Rückzahlungsanspruch in identischer Höhe gegenüber der BUGA 2021 gGmbH begründet.

Die Deckung wird aus den Mehreinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie aus Minderausgaben bei den Personalkosten gesichert. Gleichzeitig ist eine Anpassung der Zuführung vom VWH an den VMH erforderlich.